

Petition zur geplanten Volkszählung 2010

Berlin, den 10. Oktober 2006

Sehr geehrte Damen und Herren,


Deutschland ist, neben Malta, das einzige europäische Land, das seit fast 20 Jahren keine Volkszählungsdaten mehr erhoben hat. Die Datenlage wird, vor allem angesichts der Folgen des demografischen Wandels, von Experten als unzureichend erachtet. Die dringend notwendige Neuorientierung bei der Planung wird dadurch erschwert.

Im Jahr 2010 will sich Deutschland nach dem Willen der Bundesregierung an einem europaweiten Zensus beteiligen. Da sich der Bundestag derzeit mit den Details dieser Volkszählung auseinandersetzt, bitten wir Sie, sich beigefügte Petition sorgfältig durchzulesen und bis zum 20.10.2006 unterschrieben an folgende Adresse bzw. Faxadresse zurückzusenden:

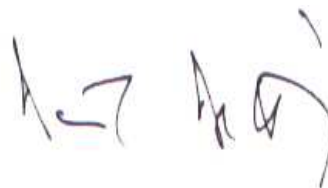
berlinpolis e.V.
Dr. Daniel Dettling
Jägerstraße 67-69
10117 Berlin

Fax: 030/44 04 78 06

Mit freundlichen Grüßen,



Dr. Reiner Klingholz, Direktor Berlin-Institut
für Bevölkerung und Entwicklung



Dr. Daniel Dettling, Vorsitzender berlinpolis

Offener Brief an den Innenminister

Eine Volkszählung muss gute Daten liefern

Politiker, Planer, Wirtschaft und Wissenschaft kritisieren zurecht die mangelhafte demografische Datenlage in Deutschland. Seit beinahe 20 Jahren hat es in Deutschland keine Volkszählung mehr gegeben (in den neuen Bundesländern seit 23 Jahren). Bestimmte Daten, die im Rahmen des demografischen Wandels von großer Bedeutung sind – wie die Kinderzahl, der Bildungs- oder der Migrationshintergrund - sind nie abgefragt worden.

CDU/CSU und SPD haben sich im Koalitionsvertrag darauf geeinigt, dass sich Deutschland an der von der EU für das Jahr 2010 vorgeschriebenen Zensusrunde beteiligen will. Sie soll „mit möglichst geringen Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger und so kostengünstig wie möglich durchgeführt werden“. Von Datenqualität ist nicht die Rede.

Das vorgesehene Verfahren für eine „leise und billige“ Volkszählung ist der „registergestützte Zensus“. Dabei werden vorhandene Register (Melderegister, Bundesarbeitsagentur, Ausländerzentralregister etc.) genutzt. Sie müssen aber, weil sie zum Teil stark fehlerhaft sind, durch Stichprobenerhebungen und mittels komplexer mathematischer Verfahren korrigiert werden. Mit dieser bis dato nirgendwo erprobten Methode würde das statistische Bundesamt wissenschaftliches Neuland betreten.

Der registergestützte Zensus liefert jedoch auch bei besten Voraussetzungen nicht die regionalen Daten, die für eine seriöse Planung notwendig sind. Er liefert zudem keine Antworten auf die in der Diskussion um den demografischen Wandel wichtigsten Fragen.

Die Unterzeichnenden plädieren deshalb dafür unter Berücksichtigung des Datenschutzes folgende bisher nicht eingeplanten Fragen bei einer Volkszählung zu beachten:

- Geburtsort beider Elternteile, um den Migrationshintergrund zu ermitteln
- Religionszugehörigkeit
- Muttersprache und im Haushalt gesprochene Sprache
- Einkommensklasse
- Bildungsabschluss
- Kinderzahl von Frauen und Männern
- Nutzung von Kinderbetreuungseinrichtungen

Die Unterzeichnenden halten das auch vom Statistischen Bundesamt vorgeschlagene Verfahren zur Volkszählung für nicht geeignet, um die für Politik, Planung, Wirtschaft und Wissenschaft – also letztlich für die Bürgerinnen und Bürger – notwendigen Daten zu ermitteln. Planungsfehler aufgrund mangelhafter Daten verursachen hohe volkswirtschaftliche Kosten, die weit über den Kosten einer gründlichen Volkszählung liegen. Gerade beim „Aufbau-Ost“ ist es zu einer großen Verschwendung von Mitteln aufgrund falscher Annahmen der Bevölkerungsentwicklung gekommen. Gute Daten bedeuten nicht automatisch eine gute Politik – aber ohne verlässliche Daten wird eine gute Politik unmöglich gemacht. Nach Ansicht von Experten läuft das Land Gefahr, eine aufwändige Volkszählung durchzuführen, ohne dabei wesentliche neue Erkenntnisse zu erzielen.

Die Unterzeichnenden halten die Befürchtungen der Politik vor Widerständen der Öffentlichkeit gegen eine Volkszählung für unbegründet. Die Bürgerinnen und Bürger sind angesichts der demografischen Veränderungen leicht vom Nutzen eines Zensus zu überzeugen.

Name, Vorname:

Funktion:

Organisation:

Ort, Datum

Unterschrift